



Bürgerinitiative
Stadtring Süd
BISS Berlin

Plesser Str. 3
12435 Berlin
Tel. (030) 70 12 10 04

info@stop-a100.de
www.stop-a100.de

BISS-INFO 2/2009

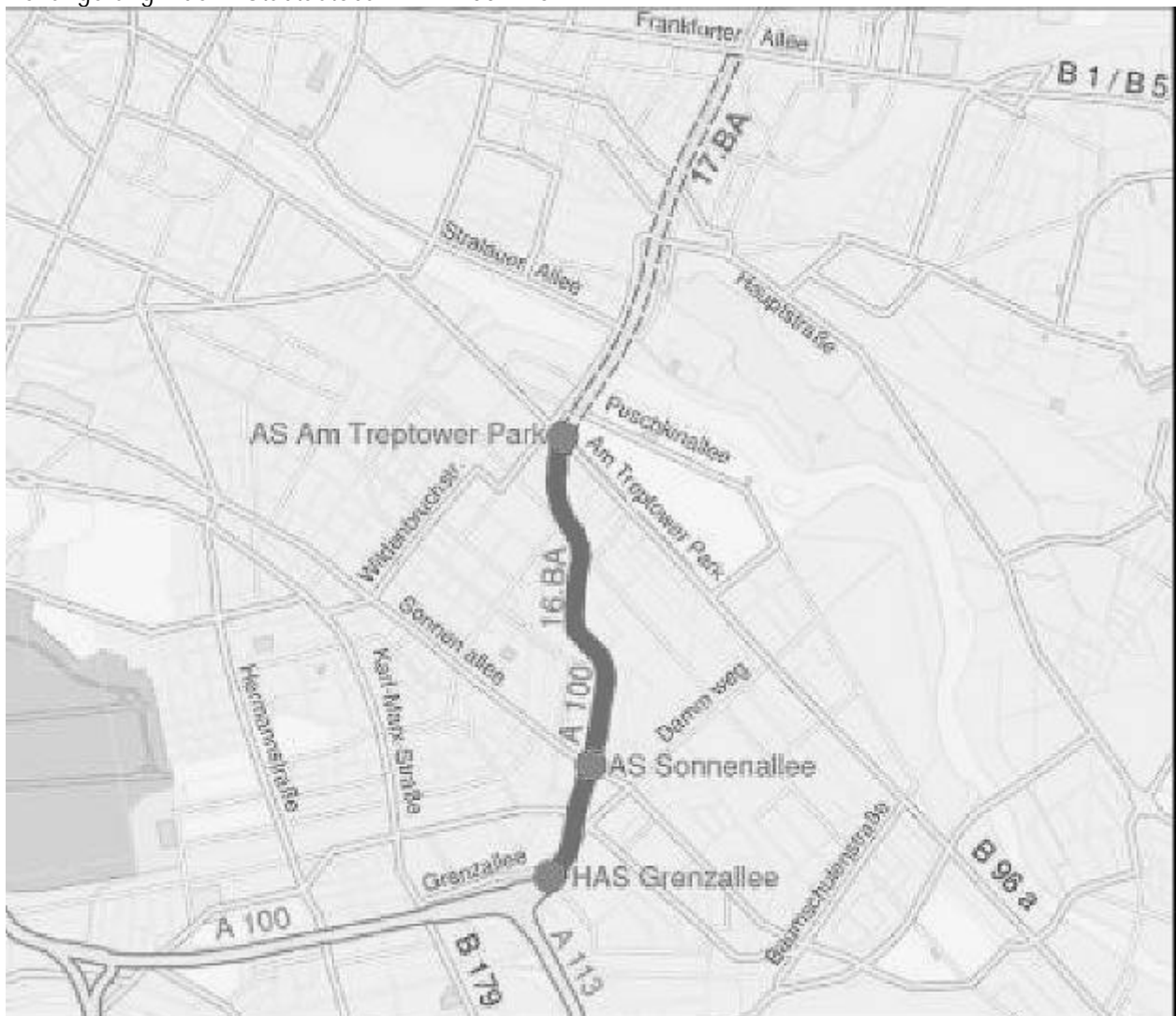
Juni 2009

A 100 - Planfeststellungsverfahren sofort beenden!

Liebe Berlinerinnen und Berliner,

In den letzten Wochen war in den Berliner Medien viel zu lesen oder zu hören von der geplanten Verlängerung der Stadtautobahn A 100 von

Neukölln nach Treptow (16. Bauabschnitt) und weiter bis zur Frankfurter Allee (17. Bauabschnitt).



Übersichtsdarstellung der A 100, 16. & 17. Bauabschnitt; Quelle: Planfeststellungsunterlagen 16.BA A 100, Erläuterungsbericht

Bewegung in der Politik

Aber nicht nur die Medien beschäftigen sich mit der A 100, auch die Berliner Politik hat neuerdings wieder heftig über dieses Projekt gestritten. Noch vor ein paar Monaten schien es eine klare

politische Mehrheit pro A 100 zu geben. Inzwischen hat sich das Blatt gewendet. Die Bezirke Friedrichshain-Kreuzberg und Lichtenberg positionieren sich gegen die Verlängerung der A 100. Der Landesparteitag der SPD im Mai spricht

sich ebenfalls gegen diese Autobahn aus. Die Fraktion der Linken hat sich im Verkehrsausschuss des Abgeordnetenhauses nun auch gegen den Ausbau ausgesprochen. Damit werden die Regierungsparteien Gegner der A 100.

Doch trotz klarer Mehrheiten will die SPD-geführte Stadtentwicklungsverwaltung als Bauherrin mit eigener Genehmigungsbehörde das für den 16. Bauabschnitt laufende Planfeststellungsverfahren nicht einstellen. Die Senatorin hat ihr Herz für den Autobahnbau entdeckt und scheint politische Mehrheiten nicht anerkennen zu wollen. In einer Demokratie müssen Mehrheiten zählen. Setzen sich Minderheiten über Mehrheitsbeschlüsse selbstherrlich hinweg, muss sich niemand über Politikverdrossenheit wundern.

Planunterlagen sind unzureichend

Die im März und April 2009 ausgelegten Planunterlagen waren umfangreich und erweckten den Eindruck einer genauen Bestandsaufnahme zur Information für die Bürger. Tatsächlich jedoch strotzen sie vor Mängeln und Rechtsfehlern. Die Verkehrsprognose ist nicht überprüfbar, weil wesentliche Ausgangsdaten nicht dargelegt werden. Wie der LKW-Anteil am Gesamtverkehr ermittelt wurde ist nicht belegt, hat aber für die Berechnung von Lärm- und Schadstoffbelastungen entscheidende Bedeutung. Die massiven Eingriffe in Natur und Landschaft sind falsch oder lückenhaft ermittelt worden. Wie die Verkehrszuwächse an den Anschlussstellen der Autobahn bewältigt werden sollen, bleibt Geheimnis der Senatsverwaltung.

Zahlreiche Einwendungen gegen die teuerste Autobahn Deutschlands

In den gut 2.500 Einwendungen von Berlinerinnen und Berlinern gegen dieses Betonprojekt wurden

Diese Autobahn ist nicht genehmigungsfähig, deshalb muss das Planfeststellungsverfahren so schnell wie möglich eingestellt werden!

Weitere Informationen zur Planung, zu den Unterlagen, zu vielen weiteren Auswirkungen der Planung, aber auch zur Unterstützung oder Mitarbeit beim Widerstand gegen dieses Projekt aus der Mottenkiste der Berliner Stadtplanung auf Anfrage oder unter www.stop-a100.de.

Helfen Sie mit Ihrer Spende, die Autobahn zu verhindern.

Die BISS arbeitet mit dem Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) zusammen und hat dort ein spezielles Konto für die Vorbereitung des Anhörungsverfahrens und einer möglichen Klage gegen die Autobahnpläne eingerichtet.

Spendenkonto: BUND Berlin (Kontoinhaber) Konto Nr. 32 888 02
Stichwort „Gegen A100“ BLZ 100 205 00 Bank für Sozialwirtschaft

Der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) ist als gemeinnützige Organisation anerkannt. Spenden sind steuerlich absetzbar. Sollten Sie eine Spendenquittung benötigen, vermerken Sie bitte Ihren Namen und Ihre Anschrift auf der Überweisung.

Kontakt zur BISS: info@stop-a100.de, Treffen: am zweiten Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr in der Plesser Str. 4, 12435 Berlin-Treptow. Weitere Informationen unter: www.stop-a100.de.

noch viele weitere Vorbehalte vorgetragen, wie der Abriss von 200 Wohnungen, die Zerstörung von 300 Kleingärten, soziale Auswirkungen durch die Trasse, Fällung von 300 Bäumen, Vernichtung von Biotopen, Barrierewirkung und Behinderungen für den ÖPNV und vieles andere mehr.

Nicht zu vergessen sind die enormen Kosten von über 442 Millionen Euro, das entspricht Kosten von mehr als 138.000 Euro pro Meter für diese sechsspurige Betonschneise.

Plan nicht genehmigungsfähig

Neben den Überschreitungen der Lärmgrenzwerte an zahlreichen Wohnstandorten, trotz Lärmschutzmaßnahmen entstehen werden, gibt es in Bereichen der Zufahrtsstraßen wie Sonnenallee, Eisenstraße, Markgrafendamm und der Stralauer Allee Überschreitungen der Feinstaubgrenzwerte, zusätzlich in der Eisenstraße auch die von Stickstoffdioxid. Der Gesetzgeber hat zwar bei Überschreitungen der Lärmwerte Entschädigungszahlungen als Ausgleich erlaubt, aber nicht bei der Überschreitung von Abgasgrenzwerten. Diese müssen grundsätzlich eingehalten werden! In den Planungsunterlagen wird von „weiteren Luftreinhaltemaßnahmen“ gesprochen um die Grenzwerte doch wieder einhalten zu können, aber welche dies sein könnten, verraten die Unterlagen nicht. Daher ist die Planung nicht genehmigungsfähig.

Auch die Verkehrsbewältigung am Ende der Autobahn bleibt ungeklärt. Mehr Verkehr, den selbst die „objektkonkrete Verkehrsprognose“ für diese Straßen vorhersagt, kann nicht ohne stundenlangen Stau bewältigt werden. Denn die Kapazitätsgrenze ist hier schon heute erreicht.. Damit ist aber die für jeden Autobahnabschnitt notwendige „Funktionsfähigkeit“ nicht gegeben und die Autobahn nicht genehmigungsfähig.